



SPD-Fraktion
im Kreistag des Kreises Unna

Haushaltsrede 2013

der

Vorsitzenden der SPD-Fraktion

im Kreistag des Kreises Unna

Brigitte Cziehso

Sitzung des Kreistages

11. Dezember 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,
sehr geehrte Gäste,

ein Haushalt ist ein nüchternes Zahlenwerk – und wir laufen zu häufig Gefahr, in den Zahlenkolonnen zu versinken. Die sind aber in Wirklichkeit ein Spiegel der Aufgaben, die der Kreis Unna im kommenden Jahr erfüllen will und muss und will.

Denn grundsätzlich gilt: Der Kreis hat zwei unterschiedliche Arbeitsfelder: Zum einen sind schlicht Aufgaben zu erfüllen, die uns der Gesetzgeber auferlegt. Das verursacht den Löwenanteil der Kosten. Darüber können wir lange und leidenschaftlich diskutieren. Tatsächlich ist unser Handlungsspielraum an dieser Stelle sehr begrenzt – wenn wir ihn denn überhaupt haben. Zum anderen hat der Kreis in der kommunalen Familie eine Ausgleichsfunktion. Und die ist nicht zu unterschätzen.

Denn unsere Städte und Gemeinden sind höchst unterschiedlich. Die einen sind groß und können viel schultern, während andere kleiner sind und trotzdem eine gute Infrastruktur aufrecht erhalten müssen. Die einen sind aufgrund ihrer Entwicklung leistungsstark, die anderen haben nach wie vor mit den Folgen des Strukturwandels zu kämpfen. Lebt dort häufig eine eher gut gestellte Bevölkerung, gibt es in anderen Kommunen mehr Menschen, die Hilfe benötigen. Diese Unterschiedlichkeit verlangt auf der einen Seite Solidarität mit den Nachbarn, sie gibt aber auch Sicherheit und ist unter dem Strich eine der Stärken unserer Region.

Ich bin überzeugt, dass der Kreis Unna in beiden Bereichen, also sowohl bei den gesetzlichen wie auch bei den freiwilligen Aufgaben in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet hat. Und dies zu einem guten Preis-Leistungsverhältnis und im Interesse der Bürger und Bürgerinnen in den Städten und Gemeinden. Die uns zugewiesene ausgleichende Funktion in verschiedenen Bereichen, wie z. B. in der Kulturpolitik, im Natur- und Umweltschutz oder in der Bildungspolitik, wahrnehmen und gleichzeitig Haushaltsdisziplin wahren – das verstehen wir unter kluger sozialdemokratischer Politik.

Ich verstehe sehr gut die alljährliche Diskussion über die Kreisumlage- Keine Stadt, keine Gemeinde gibt gerne Geld an uns weiter, das sie selbst dringend benötigt. Hier ist konkret nachzufragen, welche Aufgaben mit welchen Standards verzichtbar oder veränderbar sind. Wenn es etwa heißt, dass die Zuschüsse an unser Verkehrsunternehmen zu hoch sind, will niemand auf eine Buslinie als Bestandteil des Mobilitätssystems verzichten. Kleiner Einschub: Wir arbeiten in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften mit einem sehr günstigen Preis von 19 Euro pro Einwohner und Jahr. Der Durchschnittswert im Ruhrgebiet liegt bei 67 Euro.

Sicher lohnt es in diesem Zusammenhang, in einen noch einmal verstärkten Dialog mit unseren Kommunen zu treten. Dabei ist allerdings auch die Frage zu beantworten: Wenn die Lasten heute schon gemeinsam geschultert werden – warum nutzen wir dann nicht auch unsere Stärken gemeinsam? Wie können wir also stärker als bisher noch untereinander helfen und voneinander profitieren?

Schließlich sitzen wir als Kreis, als Stadt, als Gemeinde in einem Boot. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Menschen ein öffentliches Dienstleistungsangebot machen, das ihren Bedürfnissen gerecht wird, eine hohe Lebensqualität bietet und den Kreis nach innen und außen attraktiv macht.

Meine Damen und Herren,

das ist für uns als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ein wichtiges Ziel. Denn auch nach Jahrzehnten mühevoller Kleinarbeit müssen wir feststellen, dass die Folgen des Strukturwandels längst nicht bewältigt sind. Trotz der Ansiedlung von zehntausenden neuer Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren verfügen wir bei weitem nicht über eine ausreichende Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Zugleich gibt es Handlungsbedarf bei qualifizierten Arbeitsplätzen und bei deren Besetzung mit gut ausgebildeten Menschen. Hier spreche ich von Facharbeitern und Facharbeiterinnen, Technikern, Technikerinnen und Ingenieuren und Ingenieurinnen. Wir streben deshalb ein breites Bündnis mit allen Arbeitsmarktakteuren an. Unter Führung des Landrates sollen alle Initiativen zur Aufwertung des Wirtschaftsstandortes abgestimmt und vorangetrieben werden. Dabei spielt unsere eigene Wirtschaftsförderung, die bereits sehr erfolgreich arbeitet, eine zentrale Rolle. Wichtige Partner sind für uns aber ebenso das Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit, die Kammern, die Kreishandwerkerschaft, die Gewerkschaften, die Verbände und nicht zuletzt die Unternehmen.

Wir haben hierzu einen Rahmenplan erarbeitet, der für uns zentrale Themen umfasst. Wir fordern insbesondere die Fortentwicklung und weitere Qualifizierung

- der öffentlichen Infrastruktur,
- der Bildungsangebote,
- des Übergangs von der Schule in den Beruf,
- der Anstrengungen zum Schutz der Natur,
- der Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben und
- nicht zuletzt der Angebote für Familien.

Wir wollen, dass unter der Führung des Landrates von den Akteuren ein gemeinsames Handlungsprogramm erarbeitet und umgesetzt wird. Dabei lassen wir uns nicht allein davon leiten, bestehende Probleme zu lösen, sondern wir stellen uns auch zukünftigen Herausforderungen. Der demografische Wandel wird unserer Wirtschaft absehbar neue Anstrengungen abverlangen. Wenn sie gemeinsam gemeistert werden sollen, brauchen wir exzellente Rahmenbedingungen. Hier lohnt ein Engagement des Kreises, nicht nur für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, sondern auch für die öffentliche Hand, für die kommunale Familie.

Damit komme ich zu einem zweiten großen Handlungsfeld, das unsere Aufmerksamkeit benötigt. Denn u. a. aufgrund der bestehenden Arbeitsmarkt Situation leiden wir nach wie vor unter vergleichsweise hohen Belastungen bei den Sozialausgaben. 66 % des Haushaltsvolumens von 411 Mio. Euro sind diesem Bereich zuzuordnen. Hier geht es um die Kosten der Unterkunft im SGB II, Hilfe zur Pflege und Mittel, die wir dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe für die Betreuung von Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stellen. Mit knapp 271 Mio. Euro unterstützen wir also Menschen, die die Hilfe der Gemeinschaft brauchen – auch und nicht zuletzt, weil ein Teil von ihnen keine Arbeit findet oder sich mit schlecht bezahlten Jobs über Wasser hält. Hier liegen ganz wesentlich die Steigerungsraten im Kreishaushalt begründet.

Machen wir uns nichts vor: Natürlich wollen und müssen wir den Betroffenen helfen, ihnen zur Seite stehen. Aber wir wollen auch die Strukturen in Ordnung bringen wie z. B. bei dem vorhin angesprochenen Thema des Arbeitsmarktes. Auf der anderen Seite müssen wir auch die sozialen Systeme neu ordnen.

Da spreche ich die Hilfe zur Pflege im Kreis Unna an. Immer mehr Pflegeheime für unsere zunehmend älter werdende Bevölkerung zu bauen, ist für uns nicht die Lösung. Zweifellos muss es sie geben für die Menschen, die hochintensive Betreuung benötigen. Wir sagen aber zugleich, dass alle Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung mit ihren sozialen Kontakten bleiben sollen. Dazu braucht es unterstützende mobile Hilfeleistungen, entsprechend ausgestattete und Barriere freie Wohnungen, neue Wohnformen von jungen und älteren Menschen unter einem Dach und eine wohnortnahe, quartiersbezogene Versorgung für den alltäglichen Bedarf.

So gut und umsichtig wie die Sozialpolitik in den letzten Jahren schon gewesen ist – wir brauchen auch hier neue Ideen, Innovationen und viele neue Initiativen, um die Situation der Menschen zu verbessern und indirekt auch den Haushalt zu entlasten. Die Basis hierfür ist gelegt durch die umfassende Beantwortung unserer Anfrage in der Hilfe zur Pflege.

Das alles verlangt enge Kooperation in der kommunalen Familie. Deshalb will ich hier gar keinen Zweifel aufkommen lassen, dass wir natürlich ein großes Verständnis für die finanziellen Nöte der Kommunen haben. Das erwarten wir aber auch für die hohen Sozialausgaben auf Kreisebene.

Den Schulterschluss benötigen wir an dieser Stelle auch gegenüber dem Bund. Beispielhaft sei hier die Eingliederungshilfe genannt. Eine gesamtstaatliche Aufgabe wie die Hilfe für Menschen mit Behinderungen ist vom Staat zu finanzieren. Sollte dieser Idealfall eintreten, wäre der Landschaftsverband Westfalen-Lippe um 400 Mio. Euro und der Kreis Unna somit um 19 Mio. Euro entlastet. Wäre das nicht schön, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, wenn das im nächsten Jahr Wirklichkeit würde? Ansonsten müssen wir uns mit diesem Anliegen an die neue Bundesregierung wenden.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit dem Haushaltsplanentwurf auseinandergesetzt. Wir haben schon im Vorfeld großen Wert darauf gelegt, die Planung mit den Städten und Gemeinden abzustimmen. Mithilfe der Finanzstrukturkommission werden wir bis zum Jahre 2015 zu einer jährlichen Einsparung von 10 Mio. Euro kommen. Die Verpflichtung zur strengen Haushaltsdisziplin ist für uns Maßstab. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten.

Doch wir müssen festhalten: Alle Anstrengungen nützen nur bedingt, wenn wir an derer Stelle zusätzliche Belastungen haben. In zähen Verhandlungen ist es gelungen, die vorgesehene Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage abzumildern, so dass entgegen dem Ursprungsentwurf 1 Mio. Euro weniger abzuführen sind. Auch eine verminderte Zahlung an die VKU hilft, aber durch die 2. Modellrechnung zur Gemeinefinanzierung wird ein Teil der Verbesserungen aufgezehrt. Wir schlagen gemeinsam mit der FDP vor, den Umlagehebesatz der **Kreisumlage für 2013 auf 47,5% Punkte festzulegen**. Dies bedeutet eine leichte Absenkung unter dem Hebesatz von 2012. Unter den gegebenen Umständen bedeutet dies noch einmal eine Einsparanstrengung im Haushalt 2013 von geschätzten ca. knapp 400.000 Euro. Wir sind aber sicher, dass dies gelingen kann und auch gelingen muss.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Wort zu dem Thema „Kosten der Politik“. Wohlfeil ist die Forderung nach einer Senkung des Aufwandes. Aber was steht denn dahinter?

Wie sieht es aus mit der Bürgernähe, wenn wir den Kreistag verkleinern und Wahlkreise größer machen?

Wie ist eine fachliche Mitarbeit der Gruppen im Kreistag möglich, wenn die Ausschüsse kleiner werden und diese dann keine Sitze mehr haben?

Welche personelle und sächliche Ausstattung ist notwendig angesichts der komplexen Sachverhalte und der Notwendigkeit mit einer hauptamtlichen Verwaltung auf Augenhöhe zu arbeiten?

Wie ist das Verhältnis gerecht zwischen großen Fraktionen und kleineren?

Wir werden uns mit diesen Fragestellungen auch mit Blick auf Haushaltskonsolidierung – aber nicht nur – beschäftigen und zwar gut vorbereitet im nächsten Jahr, so wie es alle Fraktionen einvernehmlich im Ältestenrat 2011 festgelegt haben. Populistische Äußerungen dienen der Sache nie, aber in diesem Fall schon gar nicht.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei allen Fraktionen und Gruppen im Kreistag, die bei allen unterschiedlichen Auffassungen geholfen haben, belastbare Kompromisse zu erarbeiten. Danken möchte ich auch den Städten und Gemeinden für die insgesamt gute Zusammenarbeit, die wir fortsetzen und stärken möchten.

Mein ganz besonderer **Dank gilt der Kreisverwaltung**, stellvertretend Heinz Appel und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die an der Erarbeitung des Haushalts mitgewirkt haben. Ebenso bedanke ich mich bei dem Personalrat für die gute Zusammenarbeit trotz manchmal vorhandener Meinungsunterschiede.

Ich bitte darum, auch allen Beschäftigten der Kreisverwaltung den Dank meiner Fraktion für die geleistete Arbeit im zu Ende gehenden Jahr zu übermitteln. Wir wissen sehr wohl, welche Anstrengungen an der einen oder anderen Stelle abverlangt wurden.

Meine Damen und Herren,

den eingeschlagenen Kurs der sachlichen und verlässlichen Arbeit mit allen Partnern im Kreistag wollen wir gerne fortsetzen und dies wie immer auf Augenhöhe.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, den Kreis Unna zukunftssicher zu machen und sein unverwechselbares Profil zu schärfen.

Zusammengefasst: Wir werden der Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 47,5 Punkte selbstverständlich zustimmen, zumal wir zu den Antragstellern gehören. Wir werden im neuen Jahr die Vorschläge der CDU-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung sehr ernsthaft und unter Beachtung aller Konsequenzen prüfen. Maßstab dieser Prüfung wird die Wahrung einer strengen Haushaltsdisziplin sein, aber auch die Berücksichtigung der politischen Zielsetzung dieses, unseres Kreises Unna. Gesprächspartner werden in diesem Zusammenhang die Fraktionen und Gruppen des Kreistages, aber auch unsere Kommunen sein. Wir erwarten, dass die Kreisverwaltung hierzu die Grundlagen im Sinne einer Analyse der Vor- und Nachteile der Vorschläge legt.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Brigitte Cziehso

Vorsitzende